

Einbürgerungsreglement der Bürgergemeinde Stadt Solothurn

Die Bürgerversammlung

-- gestützt auf § 56 lit. a Gemeindegesetz vom 16. Februar 1992 und die §§ 18 – 21 des Gesetzes über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht vom 6. Juni 1993 --

beschliesst:

§ 1 Geltungsbereich und Zweck

Dieses Einbürgerungsreglement regelt:

- a) die Aufnahme in das Gemeindebürgerrecht;
- b) die Zuständigkeit für die Erteilung des Gemeindebürgerrechts;
- c) die Festsetzung der Einbürgerungsgebühren.

§ 2 Wohnsitzerfordernis

Wer zwei Jahre in der Gemeinde Wohnsitz hat, kann ein Gesuch um Einbürgerung stellen, sofern die eidgenössischen und kantonalen Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllt sind.

§ 3 Aufnahmepflicht

Die Bürgergemeinde ist verpflichtet, gesuchstellenden Personen das Gemeindebürgerrecht zu erteilen oder zuzusichern, sofern sie die Aufnahmevoraussetzungen erfüllen und als

- a) schweizerische Staatsangehörige in den letzten zehn Jahren ununterbrochen in der Gemeinde gelebt haben;
- b) ausländische Staatsangehörige in den letzten zehn Jahren ununterbrochen in der Gemeinde gelebt, die Schulen grösstenteils in der Schweiz besucht und das Gesuch vor Vollendung des 22. Altersjahres gestellt haben.

§ 4 Zuständigkeit

Für die Verleihung des Gemeindebürgerrechts an Kantonsbürger und Kantonsbürgerinnen sowie die Zusicherung an ausserkantonale schweizerische sowie ausländische Staatsangehörige ist die Bürgerversammlung zuständig.

§ 5 Begründungspflicht bei abweisendem Entscheid

- ¹ Abweisende Einbürgerungsentscheide sind sachlich zu begründen.
- ² Die Begründung ist bei einem Antrag auf Abweisung im Antrag aufzuführen.
- ³ Ist ein Antrag auf Zusicherung gestellt, haben die Stimmberechtigten kund zu tun, aus welchen Gründen sie das Einbürgerungsgesuch ablehnen.

§ 6 Gebühr

- ¹ Für die Erteilung oder Zusicherung des Gemeindebürgerrechts ist eine Gebühr zu entrichten, welche die Verfahrenskosten deckt.
- ² Die Gebühr bemisst sich am effektiven Bearbeitungsaufwand sowie den zusätzlichen Auslagen wie Telefon, Porti und weiteren Spesen und wird mit einem Berechnungsblatt ausgewiesen.
- ³ Die Gebühr beträgt pro Gesuch minimal CHF 200 und maximal CHF 3'000.
- ⁴ Bei Beginn des Einbürgerungsverfahrens kann ein Kostenvorschuss für Gebühren und Auslagen erhoben werden.
- ⁵ Gebühren und Auslagenersatz werden mit der Zustellung der Rechnung fällig und sind innert 30 Tagen zu bezahlen.
- ⁶ In besonderen Fällen kann das zuständige Organ der Bürgergemeinde die Gebühren ganz oder teilweise erlassen.

§ 7 Aufhebung bisherigen Rechts

Mit dem Inkrafttreten dieses neuen Bürgerrechtsreglementes sind sämtliche diesem Reglement widersprechenden Bestimmungen älterer Reglemente sowie der Gemeindeordnung aufgehoben.

§ 8 Inkrafttreten

Dieses Einbürgerungsreglement tritt, nachdem es von der Bürgerversammlung beschlossen und vom Volkswirtschaftsdepartement genehmigt worden ist, rückwirkend auf den 1. Januar 2006 in Kraft.

Von der Bürgerversammlung der Bürgergemeinde Stadt Solothurn beschlossen am 26. Juni 2006.

Der Bürgergemeindepräsident
Christoph Oetterli

Der Bürgerschreiber
Sergio Wyniger

Vom Volkswirtschaftsdepartement genehmigt mit Verfügung vom 13. Juli 2006.